

Klasse, für die gesamte arbeitende Menschheit bringen.

Und darin liegt der Unterschied! Ob man für die eigene Klasse, für die eigene Zukunft Opfer bringt, freiwillig, aus der Einsicht ihrer Notwendigkeit und dem tiefen Glauben damit der Menschheit zu nutzen, oder ob man gezwungen wird Opfer zu bringen für ein System, das zum Untergang verurteilt ist und täglich neue Beweise dafür bringt, daß es reif und überreif ist, um durch die geeinte Kraft der proletarischen Klasse gestürzt zu werden.

Man verlangt Opfer von uns. Jawohl, wir sind bereit sie zu bringen. Aber nie und nimmer um den Kapitalismus zu stützen, oder auch nur um sein Röcheln zu lindern, sondern um ihn zu stürzen, um damit das Leben von Millionen Proletariern zu retten.

Gespräch mit KJ-lern

Nach Arbeitsschluß machte ich mich auf den Heimweg. Nicht lange dauerte es und schon traf ich auf die beiden arbeitslosen Jugendgenossen N. G. und W. G., die in der Warschauer Straße auf einer Bank saßen.

„Hallo! Mensch, du kommst von Arbeit? Kannst du uns nicht da anbringen?“

„Bin froh, daß ich selber hocke, bin ja auch nur auf Umwegen zu Arbeit gekommen.“

Die beiden Genossen haben Langeweile und begleiten mich ein Stück Weges. Beim nächsten Zeitungshändler lesen wir die Schlagzeile der „Welt am Abend“: „Blutige Straßenkämpfe in Stuttgart und Essen“. Ganz aufgeregt wird dieses Ereignis debattiert.

„Siehst du, da hast du es wieder, überall geht es los, nur in Berlin bleibt alles ruhig. Wenn doch bloß hier etwas käme, ich würde gleich dabei sein und alles kurz und klein schlagen; aber die Berliner sind ja zu dusslig.“

„Ich habe gehört, daß es mit der Jugend im Bezirk so schlecht steht.“

„Ja augenblicklich machen wir eine Krise durch, die aber bald überwunden sein wird. Ganz neue Arbeitsmethoden sollen angewandt werden.“

„Wie sehen denn die neuen Arbeitsmethoden aus?“

„Genauer wissen wir alle selbst noch nicht, wir stellen uns eben vollkommen um, das Jugend-Z.-K. arbeitet die Sache noch aus. Jedenfalls sieht doch jeder ein, daß es so wie bisher nicht weiter gehen kann.“

„Ich danke die „Junge Garde“ sollte ab 1. Januar 1931 als Tageszeitung herauskommen? Es ist doch auch daraus bisher nichts geworden.“

„Die Voraussetzungen dafür werden die neuen Arbeitsmethoden schaffen.“

„Ich bin der Ansicht, daß neue Arbeitsmethoden, die von oben herab beschlossen werden, niemals fruchtbar für den K.J.V.D. werden können. Was sagt ihr eigentlich zu dem neuen Vormarsch der Faschisten in Oldenburg?“

„Eigentlich hat es keiner von uns erwartet, daß die Faschisten noch weiter an Einfluß gewinnen könnten, aber es dürfte der Höhepunkt erreicht sein.“

„Es ist doch aber verkehrt, den Höhepunkt der faschistischen Gefahr erst abzuwarten und nichts ernsthaftes gegen ihn zu unternehmen. Wo ist der stolze mächtige R.F.B., wo die Antifaschistische Junge Garde? Diese Organisationen wurden durch ein einfaches polizeiliches Verbot zerschlagen. Eine Organisation, die revolutionär ist, kann doch niemals durch ein polizeiliches Verbot vernichtet und vom Erdboden weggeblasen werden. Im Gegenteil, sie muß

Diese Rettung liegt allein im Kommunismus.

Nur der Kommunismus wird die Menschheit aus der Not hinausführen, in die sie der Kapitalismus gebracht hat, und nur die Arbeiter können dieses Werk vollbringen.

Wir die Jugend müssen hier in der ersten Reihe kämpfen. Unsere Begeisterung, unseren Opfermut, unsere ganze Tatkraft wollen wir für dieses Ziel einsetzen. Aber diesen Kampf kann man nicht im Lager der Verfallenen am Sozialismus, die sich heute als „Aerzte“ des Kapitalismus bezeichnen, führen, sondern nur im Lager des Kommunismus, und in dem stolzen Bewußtsein des alten Bebel, daß wir Todfeinde dieser Gesellschaft sind und bleiben, daß wir den Weg zu einem neuen Leben frei legen wollen, selbst wenn es unser eigenes Leben kosten sollte.

Werner Jurr.

nun erst recht ihre Aufgaben erfüllen. Auch die S.P.D. war unter Bismarck als revolutionäre Organisation 12 lange Jahre verboten und trotzdem war sie nach dem Verbot stärker als vorher. Jetzt haben wir nun den „Kampfbund gegen Faschismus“.

Einheitsfront!

Jetzt gilt es nicht, zu reden und zu schwätzen, Den Arbeiter auf Arbeiter zu hetzen, Und immer neue Keile in die Front zu jagen Jetzt heißt es: Den Faschismus schlagen!

Die Klassenkämpfe stoßen hart auf hart, Konzentration fordert von uns die Gegenwart, Die ganze Kraft für uns selbst, für die Masse, Für die ausgebeutete Arbeiterklasse!

Es ist die Zeit der Entscheidungsgelichte, Hier Kapital, hier Arbeiterrechte, Es ist der Kampf, der uns Ganze geht, In dem ihr auf wichtigstem Posten steht, Proletarier!

Ob Sozialisten oder Kommunisten, Euch sollen schlagen die Faschisten, Euch soll beherrschen eine Diktatur Mit immer wachsender Entrechtungsspur.

Und eure Nacken sollt ihr immer tiefer dücken

Und stille sein, zu keinem Abbau mucken. Nein sagen wir, und immer wieder nein, Wir dürfen nimmer mehr Verlierer sein!

Doch, Brüder, kämpfen wir getrennt, Ist unsere Kampfeskraft gehemmt, Und Schweiß und Blut werden zuviel vergossen, Wenn wir uns selbst bekämpfen, Genossen!

Wir brauchen die einige Klassenfront, Die nicht den Kapitalismus schonet, Und wenn Millionenmassen marschieren, Werden wir unsern Kampf nicht verlieren.

Auf Proletariat!
Ihr Sozialisten! Ihr Kommunisten!
Vertraut auf eure Massenkraft,
Die unauffallsam euch den Sieg verschafft.

Und auf, auch ihr, die ihr noch nicht zur Front gehört,
Ihr müßt es wissen, was uns Lenin hat gelehrt,
Geschlossenheit, Aktivität eine Phalanx
gegen den Feind,
Stark ist das Proletariat, das sich zu einem Block vereint!

der meiner Ansicht nach auch niemals in der Luft sein wird, ernsthaft dem Faschismus Widerstand zu leisten“.

„Nu hör aber mal auf, du reißt ja alles in Grund und Boden, wenn du kein Vertrauen zur revolutionären Sache hast, dann hat es überhaupt keinen Zweck, daß etwas gemacht wird.“

„Der „Kampfbund gegen Faschismus“ kann seine Aufgaben aber nur dann erfüllen, wenn er alle Antifaschisten, gleich welcher Partei, in sich vereint. Da er aber nur Leute aufnimmt, die widerspruchslos und bedingungslos das durchführen, was die K.P.D. bestimmt, ist er schon jetzt zum Tode verurteilt. Ein Verbot genügt, um den „Kampfbund“ ebenso wie den R.F.B. und die „Antifa“ in die Versenkung verschwinden zu lassen. Kein gewaltiger Proteststurm der breiten Arbeiteröffentlichkeit erhob sich beim Verbot der „Roten Fahne“. Es hat gar keinen Zweck, sich hier blauen Dunst vorzumachen, sondern es muß gesagt werden, was ist. Erst unlängst wurde eine Anzahl unserer Genossen aus dem Kampfbund als „Brandlerianer“ ausgeschlossen. Wir als K.P.O. versuchen jetzt von uns aus die Bildung wirklich überparteilicher antifaschistischer Kartelle und haben das Vertrauen zur revolutionären Sache, daß es uns gelingen wird, das zu schaffen, was die Partei versäumt, nämlich die rote Einheitsfront gegen Reaktion und Faschismus herzustellen!“

Etwas nachdenklich trennten sich die Genossen von mir. Ich aber beschloß von nun an, des öfteren durch den Bezirk zu laufen.

Gemeinsame Sonnenwendkundgebung bei Berlin

Zum Zeichen der notwendigen Einheit gestaltete sich die gemeinsame Sonnenwendkundgebung der Berliner Jugendgruppe des Industrieverbandes für das Baugewerbe mit der kommunistischen Jugend-Opportunisten am 20. 6. Nach dem Gesang des Liedes „Brüder zur Sonne zur Freiheit“ folgte ein Moment der Spannung. Die unausgesprochene Frage: „was habt ihr uns heute zu sagen“, beschäftigte den vielhundertköpfigen Zuhörerkreis, zum größten Teil landliche und erwachsene Bauarbeiter und Landbevölkerung. „Jetzt gilt es nicht zu reden und zu schwätzen“, Worte, die dem Gebot der heutigen Zeit entsprechen, wurden einleitend gesprochen. Denken, Fühlen und Wollen der unterdrückten Massen spiegelte sich in ihnen wieder.

Die Ansprachen des Vertreters der Jugendgruppe, des Industrieverbandes und der K.J.O. gipfelten im Appell zum gemeinsamen Kampf gegen Notverordnung, Arbeitsdienstpflicht und Faschismus. Der Johannismacht darf nicht wieder eine Bartholomäusnacht folgen, in der einst die katholische Kirche den Fortschritt der Menschheit in einem Blutbad zu ersticken suchte. Der Holzstoß flammt hell auf. Mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale wurde die eindrucksvolle Kundgebung beendet.

Schafft Munition
zum Kampf gegen die
Arbeitsdienstpflicht!
Gebt für den
Kampfbund der K.J.O.

Kampf dem Notverordnungsjoch!

Die Arbeitslosen-Unterstützung abgeschafft — Wer nicht hungern will, geht zum „freiwilligen“ Arbeitsdienst — Moderne Sklaverei

Weil die kapitalistischen Staatsfinanzen bankrott sind, weil die Ausbeuter-Wirtschaft sich in einer tiefen Krise befindet, weil die Soziallasten für die Kapitalisten zu hoch sind, darum muß Notverordnung werden. Die Regierung verlangt Opfer unerhörter Art von den arbeitenden und arbeitslosen Massen. Legt sie auch den Besitzenden, den Geldsücker, Tribute auf? Nein! Den Baronen der Kohlengruben schenkt die neue Notverordnung gewaltige Summen, den Bergarbeitern aber keinen roten Heller. Den Kumpels wird dafür die Krisenlohnsteuer, von dem ohnehin schon lächerlich niedrigen Schichtlohn gestohlen. Die Not wird nur den Arbeitern verordnet, damit es den Kapitalisten auch in Zukunft recht wohl ergeht.

Eine ganz besondere Brutalität leistet sich die Regierung gegenüber der Jugend. Die Paragraphen der Notverordnung, die unter dem lügenhaften Titel: „Arbeitslosenhilfe“, segeln und sich mit der Jugend befassen, charakterisieren den reaktionären Standpunkt der Herren Ministerialräte. Solche Bestimmungen können nur im Schädelschlag entstehen, die Vertreter einer bis aufs Mark verfaulenden Gesellschaftsordnung sind. Die jugendlichen Arbeitslosen erhalten durch die Notverordnung keine Hilfe! Geholfen wird ihnen nur im Schädelschlag, daß sie schneller dem Tode des Verhungerns preisgegeben werden. Das ist das Einzige, was die kapitalistische Gesellschaft für die Jugend übrig hat. Die Jugend will darum auch keine Opfer für diese Wirtschaftsordnung bringen, auch wenn man sie in eine noch so schön klingende politische Staatsform gehüllt hat. Diese Jugend wird gerade durch ihre Peiniger zu Totengräbern dieses Systems erzogen.

Unter Punkt 3 der Notverordnung heißt es:

„... an die Stelle der Worte „16. Lebensjahr“ treten die Worte „21. Lebensjahr“. Nur einige Wörtchen haben sich verändert, und mit einem Schläge raubt man Hunderttausenden von Jugendlichen die Arbeitslosen-Unterstützung. Man stelle sich vor, Monat für Monat, Jahr für Jahr muß der Jugendliche seine Versicherungsbeiträge an die Reichsanstalt abliefern. Er wird gar nicht danach gefragt, der Unternehmer zieht sie einfach vom Lohn ab. Die Versicherung verpflichtet sich andererseits im Falle der Arbeitslosigkeit dafür eine Unterstützung zu gewähren. Und nun ist der junge Arbeiter entlassen worden. Er geht zum Arbeitsamt und auf Grund seiner „wohlerworbenen Rechte“, wie es so schön im Bürgerlichen Gesetzbuch heißt, beantragt er Arbeitslosen-Unterstützung. Aber wir leben in der Zeit der Notverordnungen! Die Rechte für den Jungproleten sind beseitigt, die Pflichten aber unerträglich. Für den Jugendlichen bis zum 21. Jahre ist die Arbeitslosen-Unterstützung abgeschafft. Wovon soll er leben? Die Regierung kümmert das nicht! Für sie sind die Hungerbestimmungen der Notverordnung allein maßgebend.

„Der Reichsanstalt liegt es ob, den freiwilligen Arbeitsdienst zu fördern. Sie darf dafür Mittel der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge insoweit einsetzen, als es mit Rücksicht auf die Beteiligung unterstützter Arbeitsloser angemessen ist.“

Notverordnung § 139a! Man ist doch besorgt um die Jugend. Wenn der Hunger den Jugendlichen gar zu sehr quält, dann — darf er sich „freiwillig“, ganz ohne Zwang“, für den Arbeitsdienst melden. Die Reaktion kann triumphieren. Das ist es ja, was sie seit Jahren gewünscht hat. Arbeitsdienstpflicht! Das „freiwillige“ vor Arbeitsdienst ist nur ein gradueller Unterschied. Es ist eine Lüge, denn der Pflichtarbeitsparagraph lautet jetzt ausdrücklich:

„Für Arbeitslose über 21 Jahren kann die versicherungsmäßige Unterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig gemacht werden.“

Eine Kampfbroschüre:

Arbeitsdienstpflicht — Wehrpflicht

Unter diesem Titel hat die „Kommunistische Jugend-Opposition“ eine Kampfschrift herausgegeben. Sie ist gerade jetzt eine scharfe Waffe im Kampfe gegen die Reaktion.

Die neue Notverordnung

bringt bereits die gesetzliche Anerkennung des sogenannten „freiwilligen Arbeitsdienstes“. Damit ist die erste Forderung der reaktionären Parteien Deutschlands erfüllt.

Die Brüningregierung

macht sich zum Vollstrecker der gesetzlichen Zwangsarbeit für die junge und erwachsene Arbeiterschaft. Auf 16 Seiten werden durch klare und populäre Sprache dieser Schrift der Ernst der Lage und die notwendigen Kampfmaßnahmen aufgezeigt. Das kapitalistische System

muß gestürzt werden!

Es nimmt der proletarischen Jugend die letzten erbärmlichen Rechte und zwingt sie in die Sklaverei.

Diese Flugschrift gehört in die Hand jedes Jungproleten. Für jeden Funktionär einer proletarischen Massenorganisation ist es unentbehrlich

mit dieser Waffe

zu arbeiten.

Bestellungen sind zu richten an den Junius-Verlag, Berlin SW 48, Wilhelmstraße 135. Preis der Kampfschrift 10 Pf. — Organisationspreis bei Abnahme von 100 Stück 7 Pf.

Zwang, Kasernierung, Lohndruck, nationale Gesinnung, alles ist da, was die patriotischen Herzen höher schlagen läßt. Ja, wohl, es ist wahr, daß schon aus allen Gegenden Deutschlands Transporte mit jugendlichen Arbeitslosen nach dem Osten gegangen sind. Es ist auch wahr, daß der Reichsminister Treviranus zur Förderung des Arbeitsdienstes zwei Mark pro Mann und Tag aus den Mitteln der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zugesagt hat. Wenn der „Vorwärts“ empört über diese Feststellungen eines bürgerlichen Blattes ist, so entspricht das lediglich seiner historischen Aufgabe, der proletarischen Jugend Sand in die Augen zu streuen. Nach sozialdemokratischer, parteiamtlicher Auffassung ist ja der Ge-

danke des Arbeitsdienstes schon vor Monaten bei einer Beerdigung II. Klasse verscharrt worden. Da er heute trotzdem üppigere Erfolge nachweisen kann, als der Parteivorstand der S.P.D., darum muß man die Gefahren verkleinern.

„Die Beschäftigung im freiwilligen Arbeitsdienst begründet kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts.“ „Der Reichsarbeitsminister bestimmt ferner, inwieweit auf den freiwilligen Arbeitsdienst die Vorschriften des Arbeitsschutzes und der Sozialversicherung anzuwenden sind. Er kann von diesen Vorschriften abweichen.“

Notverordnung § 139a, Absatz 5 und 6! Das bedeutet Beseitigung des gewerkschaftlichen Tarif- und Koalitionsrechtes. So ungefähr springen die englischen Kolonialräuber mit ihren farbigen Arbeitsklaven um. Waren 60–70 Jahre gewerkschaftlicher und politischer Kampf in Deutschland vergebens? Soll sich die Arbeitsklasse kampflös dem Brüning'schen Notverordnungsjoch beugen? Will sich die proletarische Jugend auf die Sklavemärkte in Ostelbien verschicken lassen? Niemals rufen wir!

Formiert die Kampfreihen! Schluß mit der Notverordnungspolitik! Hinweg mit der Brüningdiktatur! Schützt die Massenempörung in allen Organisationen! Im Kampfe um die allereinfachsten Menschenrechte gegenüber einer rücksichtslosen Ausbeuterelitte muß die einheitliche Front der jungen und erwachsenen Arbeiterschaft geschmiedet werden!

Gewerkschaftsjugend

gegen Notverordnung!

Die letzte Versammlung der Malerjugend Gera nahm Stellung zur Notverordnung und den Aufgaben der proletarischen Jugend. Als Referent sprach unser Genosse Paul Mathei, der es verstand an Hand reichhaltigen Materials den Jungkollegen die unerhörten Auswirkungen der Notverordnung, Raub der Arbeitslosenunterstützung für Jugendliche und die Einführung des „freiwilligen“ Arbeitsdienstes, klarzumachen. In der Schaffung einer einheitlichen Kampffront liegt die Voraussetzung zum erfolgreichen Widerstand gegen Notverordnung und Faschismus.

Die Vertreter des K.J.V.D. verzichteten in der Diskussion auf die Propagierung der R. G. O.-Losungen und begnügten sich mit allgemeinen Ergänzungen. Die Auffassung der S.P.D. bestand nur im „Abwarten“. Die nachfolgende vom Gen. M. vorgelegte Resolution fand einstimmige Annahme.

„Die Malerjugend Gera protestiert schärfstens gegen die Notverordnung. Ganz besonders protestiert sie gegen den Abbau der Arbeitslosenversicherung, den Raub der Unterstützung für Jugendliche und die Einführung der „freiwilligen“ Arbeitsdienstpflicht. Sie fordert die gesamte arbeitende Jugend und die Gewerkschaften zum schärfsten Kampf auf und warnt sie, sich zufrieden zu geben mit nichtssagenden, etwa geplanten Änderungen. Hinweg mit allen Notverordnungen.“

Die einzige Voraussetzung zum erfolgreichen Kampf ist die Herstellung der proletarischen Einheitsfront.“

Die Mordhölle in Scheuen

100 000 Fürsorgezöglinge klagen an

In Lüneburg wird jetzt der Prozeß gegen 18 Fürsorgezöglinge aus Scheuen, wegen der Vorgänge bei der Revolte im Jahre 1930, durchgeführt. Wir sind ja schon allerlei gewöhnt, was aber die Fürsorgezöglinge von Scheuen zu erzählen haben, versetzt zurück zum Mittelalter, zurück zur Lynchjustiz.

Schon im April 1930 und im Februar und Juni 1931 prangerten wir die Zustände in Scheuen im „Jungen Kämpfer“ an. Heute ist es notwendig, noch einmal kurz diese Zustände aufzuzeichnen. Inzwischen wurde ja selbst vom Gericht bescheinigt, daß der Direktor Straube ein „Totschläger und Menschenschänder“ ist.

Die Anstalt Scheuen ist dem Berliner Landesjugendamt unterstellt und sollte als Musteranstalt gelten. Doch der Direktor der dortigen Anstalt, Straube, hatte darüber „eigene“ Ansichten. Aus den Fürsorgezöglingen schuf er sich eine Leibgarde oder „Topfkratzergarde“ (wie man sie in Scheuen nannte), die er gegen die übrigen Fürsorgezöglinge aufhetzte. Aber auch Straube selbst stellte seinen Mann bei den Schlägereien, indem er in bestialischer Weise die Zöglinge verprügelte. Es ist auch klar, daß Straube die Hauptschuld an der Erschlagung des Fürsorgezöglings Ledebour und an der unmenschlichen Behandlung der übrigen Zöglinge durch die „Topfkratzergarde“ trägt. Straube prügelte die Fürsorgezöglinge meist solange, bis er nicht mehr konnte, dann rief er einen aus seiner Garde herbei und sagte:

„Ich kann nicht mehr, verprügele diesen Hund weiter.“

Wie kam es zur Revolte?

Neben all diesen viehischen Schlägereien bekamen die Zöglinge mehr als einmal ungenießbares Essen. Die Fürsorgezöglinge mußten aus denselben Näpfen essen, wie die Hunde des Straube. Wagte es nun einmal ein Fürsorgezögling Beschwerde beim Direktor zu erheben, so verprügelte ihn erst Straube selbst, dann rief er einen seiner Garde herbei, der weiter prügelte, so daß es den Fürsorgezöglingen verging, sich zu beschweren. Die Erbitterung der Jungen konnte nur in einer Revolte ihren Ausweg finden.

25 irreführte Zöglinge wurden nun von Straube mit Aexten, Spaten und Gummi knüppeln bewaffnet, und unter seiner Leitung zogen sie auf die Revoltierenden. Diese ergriffen die Flucht, nur Puls, der nachblind war, blieb stehen und Ledebour, sein Freund, blieb bei ihm. Da kam Straube mit seiner Garde.

Ein Zögling schlug mit einer Harke Ledebour auf den Kopf, und obwohl der Schwerverwundete hilflos am Boden lag, wurde er weiter mißhandelt.

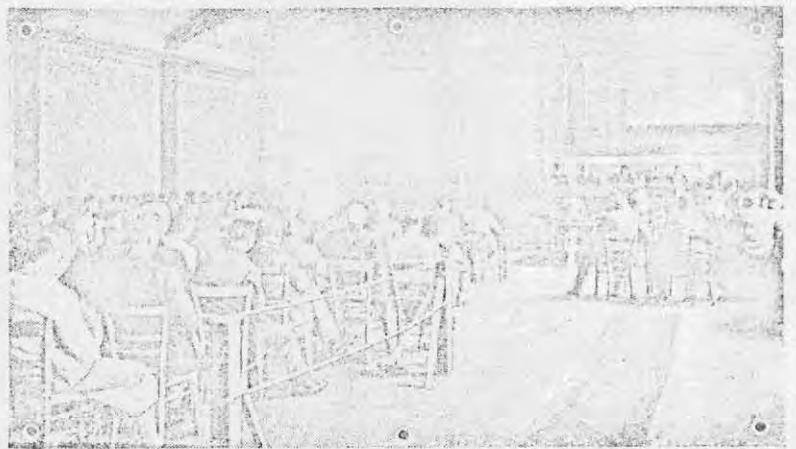
Als er dann schon über und über blutete, kam die frühere Wirtschaftlerin Knoblauch und bearbeitete ihn noch mit der Reitpeitsche. Nachdem wurde er notwendig verbunden. Als er am anderen Tag von Straube gerufen wurde und nicht schnell genug, wegen der Wunden, laufen konnte, ließ Straube den Ledebour durch einen seiner Jungens mit der Reitpeitsche antreiben. Nach wenigen Tagen starb Ledebour an diesen Mißhandlungen.

Salz und Pfeffer in Peitschenwunden gestreut.

Der Fürsorgezögling Hofmann wurde solange auf das nackte Gesäß geschlagen, bis es blutete, dann wurde es mit Wasser über-

gossen und die Wunden mit Salz und Pfeffer eingerieben. Als der Lehrer Manegold dazu kam, sagte er nur: „Jetzt hat das Schwein endlich genug, laßt ihn man zufrieden.“

Obwohl nun all diese Zustände direkt oder indirekt bereits vor 1 1/2 bis 2 Jahren bekannt waren, wurde Straube noch vor ca. 1 1/2 Jahren vom Landesjugendamt in den Beamtenstand versetzt und ihm ein Lob für seine guten Dienste ausgesprochen. Aber auch der „Vorwärts“, Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, durfte hier nicht nachsehen. Noch vor einem Jahr schrieb der „Vorwärts“ von der „mustergültigen Anstalt in Scheuen mit ihrem guten Erzieher und Pädagogen Straube, der es tadellos versteht, die Anstalt zu leiten“.



Während der Verhandlung des Scheuenprozesses in Lüneburg.

Die SPD hatte ja auch allen Grund dazu, denn die Sozialdemokratin Weyl war als Leiterin des Landesjugendamtes in Berlin, auch für die Zustände in Scheuen verantwortlich.

Was tat Frau Weyl zur Aufdeckung der Schandtaten in Scheuen?

Kamen Beschwerden über die Zustände in Scheuen an die Weyl ein, so schickte sie diese Beschwerde an Straube zur Rückäußerung. Stritt nun dieser die Anklagen ab, so legte Frau Weyl die Beschwerde in die Akten, und damit war jegliche Untersuchung für die Folge unmöglich. Wenn sie alle 6 Wochen nach Scheuen zur „Kontrolle“ fuhr, so fand die gute Tante alles in bester Ordnung. Im übrigen hat jetzt die Berliner Stadtverwaltung dieser ehrenwerten Sozialdemokratin für diese Taten einen „Ehrensold“ von monatlich 500 M. bewilligt. Ist Scheuen ein Einzelfall?

Für die ganze bürgerliche Presse, einschließlich der sozialdemokratischen, ist dies nur ein Sonderfall. In Wirklichkeit gibt es nicht nur den Fall Scheuen, sondern in den meisten Fürsorgeanstalten sind unhaltbare Zustände, weil das ganze System der jetzigen Fürsorgeerziehung morsch ist. Die Fürsorgezöglinge werden dort nicht zu brauchbaren Menschen erzogen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß weit über 75 Pro-

zent aller Insassen der Fürsorgeheime aus sozialen Gründen dorthin gekommen sind und nur ein geringer Teil aus kriminellen. In den Anstalten aber steigt die Kriminalität der Jungens gerade wegen der Erziehungsmethoden. So berichtet das Landesjugendamt Berlin im Jahre 1926, daß 10 Prozent der Fürsorgezöglinge aus kriminellen Gründen (schwere oder leichtere Diebstahle) in den Gefängnissen sitzen. Diese 10 Prozent beweisen schon allein das Versagen der Fürsorgeerziehung. Bekannt ist auch, daß ca. 24 Prozent aller Fürsorgezöglinge in Gefängnissen landen. Aber kann man sich wundern, wenn man solche Beispiele wie in Scheuen sieht? Nein! Was soll z. B. ein Jugendlicher tun, der erwerbslos wird und keine Unterstützung nach der neuen Notverordnung erhält?

Es nützt nichts, wenn sich die bürgerliche und sozialdemokratische Presse über

den Fall Scheuen plötzlich auch empört. Es nützt auch nichts, wenn man empört über die ganze Fürsorgeerziehung in Deutschland ist, auch wenn der Fall Scheuen noch so gut aufgerollt wird und noch soviel juristische Urteile über die schlechte Erziehung vorhanden sind. Die Fürsorgeheime werden ihre Grundlinie solange innehalten, solange das kapitalistische System besteht. Es gilt aber trotzdem schon jetzt den Kampf für die Forderungen aus dem Kampfprogramm der KJO. aufzunehmen:

Kontrolle der Fürsorgeanstalten durch Vertreter der Gewerkschaften und proletarischen Jugendorganisationen. Verbot der Prügel- und Arreststrafen. Strengste Aburteilung der Menschenschänder.

Verbot der Zahlung von Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln an private Jugendpflege und Fürsorge. Heranziehung der staatlichen und kommunalen Jugendfürsorgler aus den Reihen der proletarischen Jugendbewegung und Ausbildung derselben auf Staatskosten.

Beseitigung der Fürsorgeerziehung. Schaffung geeigneter Heime für die körperlich oder geistig gefährdeten oder erkrankten Jugendlichen unter Kontrolle der proletarischen Organisationen.

Walter Möller

